

Netzwerk

für eine kämpferische und demokratische



Tarifrunde Länder 2013

6,5% durchsetzen, Urlaubsanspruch verteidigen, Tarifierung der Eingruppierung für LehrerInnen erkämpfen!

Steigende Preise für Mieten, Lebensmittel, Wasser und Strom lassen den finanziellen Spielraum für die Masse der Beschäftigten schrumpfen. Im Länderbereich hinken die Löhne und Gehälter durch die mageren Abschlüsse der vergangenen Jahre hinterher und liegen sogar unter denen bei Bund und Kommunen.

Umverteilung

Der Anteil der Einkommen durch Lohnarbeit am jährlichen Volkseinkommen sank von 72 % im Jahr 2000 auf 67 % im Jahr 2011. Das drückt sich darin aus, dass bei einem Produktivitätszuwachs von 13,4% in Deutschland die Brutto-Stundenlöhne preisbereinigt nur um 2,1% angestiegen sind. Die Lücke von 11,3% ist der so genannte verteilungsneutrale Spielraum, den die Beschäftigten insgesamt abgegeben haben. Es handelt sich um die Summe von einer Billion Euro, die allen Beschäftigten (mit und ohne Tarifverträgen) seit 2000 durch diese Umverteilung weggenommen wurden. Beschäftigte, die durch Tarifverträge geschützt sind, haben zwar anstatt 2,1% einen Zuwachs von sieben Prozent bekommen, dennoch ist deutlich, dass selbst in den Bereichen, wo Tarifrunden stattfinden, in diesem Zeitraum eine deutliche Umverteilung von unten nach oben stattfand. Besonders im öffentlichen Dienst beträgt die Lücke zwischen Produktivitätszuwachs und Bruttostundenlöhnen minus 9,6%! (alle Zahlen aus Netzwerkinfo Gewerkschaftslinker, Extra Tarifrunde 2013, siehe www.labournet.de)

Bezahlung nach Gutdünken

Für die angestellten LehrerInnen bestehen je nach Bundesland immense Gehaltsunterschiede zu denen ihrer verbeamteten KollegInnen. Schon bei der letzten Tarifrunde war das von GEW und ver.di gemeinsam formulierte Ziel der tariflichen Eingruppierungsregelung (im Gegensatz zur jetzt praktizierten einseitigen und willkürlichen Eingruppierung durch die Arbeitgeber). Letztes Mal waren viele LehrerInnen enttäuscht, weil dieses Ziel

nicht durchgesetzt wurde. Das darf sich diesmal nicht wiederholen.

Schuldenbremse

Der Verhandlungsführer für die Arbeitgeber Jens Bullerjahn (SPD), der als Minister sicherlich keine finanziellen Sorgen hat, provoziert: „Wir haben bei den Lehrern mit die höchsten Gehälter, trotzdem wird geklagt. Ab wann wären die Herrschaften denn bereit zu sagen, sie verdienen genug?“ (Neue Osnabrücker Zeitung 28.01.2013) Auch für die übrigen Landesbeschäftigten hält er die Forderung für überzogen.

Obwohl die Steuereinnahmen gestiegen sind, verweisen die Arbeitgeber auf die Notwendigkeit zu sparen. Mit dem Argument der Schuldenbremse wird auch die Forderung der Arbeitgeber nach einer Verkürzung des Urlaubsanspruchs von 30 auf 26 Tage begründet. Scheinheilig führt Bullerjahn an, dass die Forderung nach mehr Stellen im Gegensatz zu den Forderungen der Gewerkschaften stünden: „... es kann nicht jeder kommen und zusätzliches Geld fordern, ohne zu sagen, wo das Geld herkommt.“ Dabei würde eine Verkürzung des Urlaubs faktisch Arbeitszeitverlängerung und damit Stellenabbau bedeuten. Hier darf es kein Einlenken geben! Die Durchsetzung der Forderung nach einer unbefristeten Übernahme der Auszubildenden ist ebenso zentral im Kampf gegen Stellenabbau im öffentlichen Dienst.

Dem Argument der Arbeitgeber muss entgegen gehalten werden: die Beschäftigten sind nicht verantwortlich für die Politik, nach der mit hunderten von Milliarden an Steuergeldern für die Bankenrettung aus dem Fenster geworfen werden, und Steuersenkungen für Vermögende und Unternehmen in den letzten Jahrzehnten die öffentlichen Haushalte ausgedünnt haben. Wird diese Politik fortgesetzt, so werden die Beschäftigten immer mehr geschröpft. Deshalb müssen mit dem Kampf um Lohn-erhöhungen auch politische Forderungen wie die nach

einer Millionärssteuer, einem Investitionsprogramm für den öffentlichen Dienst und dem Ende der Politik im Interesse von Banken und Konzernen verknüpft werden.

Wie kann ein Erfolg erkämpft werden?

Im Länderbereich hat ver.di in den letzten Jahren Mitglieder verloren. Dies liegt auch an den relativ schlechten Tarifabschlüssen. Ein großes Problem ergibt sich aus der Tatsache, dass die Tarifrunden im Länderbereich seit der Einführung des TV-L nicht mehr zusammen mit Bund und Kommunen verlaufen. Dadurch wurde die Kampfkraft der Beschäftigten geschwächt. Wie kann man nun, auf der Grundlage eines relativ niedrigen Organisationsgrades erfolgreich sein?

Konsequentes Auftreten

Gerade in den vergangenen Jahren gab es Beispiele dafür, wie auch in traditionell schlechter organisierten Betrieben Erfolge erzielt und dadurch die Gewerkschaften aufgebaut werden konnten. Ein aktuelles Beispiel sind die Sicherheitsdienste an den Flughäfen Hamburg, Köln und Düsseldorf. Die Streikbeteiligung für deutliche Lohnerhöhungen liegt bei über 90%, der Organisationsgrad ist auf etwa zwei Drittel angestiegen. Ein weiteres Beispiel sind die Krankenhäuser. Besonders an der Berliner Charité konnte ver.di dort 2011 mit einem beeindruckenden Arbeitskampf Lohnerhöhungen und weitere Verbesserungen durchsetzen. Offensive Forderungen (wie 300€ Festgelderhöhung) waren ein wichtiger Hebel zur Mobilisierung. Darüber hinaus wurden die Streikenden einbezogen, mit Streikversammlungen, Diskussionen und demokratischen Entscheidungen über den weiteren Verlauf des Arbeitskampfes. Lehren aus diesen Kämpfen sollten auch für die Wiedergewinnung der Durchsetzungskraft in den Dienststellen und Betrieben der Länder gezogen werden.

Kampfbereitschaft

Die bisherige Beteiligung an Warnstreiks war gut. Bisher haben besonders die angestellten LehrerInnen gezeigt, dass das Maß für sie voll ist. Auch wenn der erzielte Unterrichtsausfall in den meisten Fällen nicht zur Schließung von Schulen führt, hat es beeindruckende Warnstreiks gegeben, die auch die Öffentlichkeit wahrgenommen hat. Es gibt im Länderbereich weitere Möglichkeiten, die Arbeitgeber mit Streiks massiv unter Druck zu setzen. Streiks an neuralgischen Punkten wie den Schifffahrtsschleusen, der Flughafenfeuerwehr oder zum Beispiel beim Objektschutz in Berlin können großen wirtschaftlichen und politischen Druck verursachen. Solche Bereiche sollten effektiv genutzt werden.

Warnstreiks reichen nicht aus

Vor dem Hintergrund der harten Haltung der Arbeit-

geber ist klar: zur Durchsetzung der Forderungen und zur vollständigen Verteidigung der Urlaubsansprüche reichen Warnstreiks nicht aus. Es gilt, schon jetzt die Steigerung für Urabstimmung und Streik vorzubereiten. Für die größtmögliche Beteiligung an Arbeitsk Kampfmaßnahmen müssen die KollegInnen einbezogen werden. Dafür muss gezielt in die Betriebe und Dienststellen gegangen werden, um mit KollegInnen zu reden, sie aufzufordern, sich aktiv zu beteiligen.

Alle gemeinsam statt jedeR für sich

Die Länderbeschäftigten stehen nicht allein in ihrem Kampf für höhere Löhne. Allein ver.di führt eine Reihe von Tarifverhandlungen: an den Flughäfen HH, NRW, bei der Lufthansa, in den Verkehrsbetrieben Sachsen und Sachsen-Anhalt, ab April für die Beschäftigten im Einzelhandel. Letztere stehen vor einer besonders harten Auseinandersetzung, weil die Arbeitgeber von sich aus mit der Kündigung aller Tarifverträge provoziert haben. Was wäre möglich, wenn ver.di die verschiedenen Bereiche koordinieren würde? Mit zeitgleichen Streiks könnten gemeinsame Protestkundgebungen durchgeführt werden. So könnten sich KollegInnen aus verschiedenen Bereichen gegenseitig ermutigen und eine höhere Durchsetzungskraft erzeugt werden.

Für eine starke Tarifbewegung 2013

Neben den oben genannten Auseinandersetzungen gibt es aber noch weitere: Im April laufen die Tarifverträge für 3,7 Millionen Beschäftigte in der Metall- und Elektroindustrie aus. Für die Beschäftigten in der Stahlindustrie und im Baugewerbe haben die Tarifrunden bereits begonnen. Insgesamt stehen im Frühjahr über neun Millionen Beschäftigte in Tarifaueinandersetzungen. Es ist an der Zeit, dass die Einzelgewerkschaften sich aufeinander zu bewegen und im Interesse der KollegInnen zu gemeinsamem Handeln kommen. Mit der Koordination aus den einzelnen Tarifikämpfen könnte man eine breite Tarifbewegung von Millionen entwickeln, mit der man die Kräfteverhältnisse im Land völlig ändern würde. Gerade im Bundestagswahljahr könnte man so auch politisch den Druck erhöhen, denn die etablierten Parteien von CDU bis SPD haben kein Interesse an einer großen gewerkschaftlichen Bewegung im Wahljahr, die ihre Politik infrage stellen würde. Eine starke Tarifbewegung mit Massenprotesten wäre ein Weg, um die Gewerkschaften aus der Defensive zu bringen, deutliche Lohnerhöhungen zu erzwingen, massiv neue Mitglieder zu gewinnen, Solidarität unter den abhängig Beschäftigten wieder zu verankern und ein Beispiel für kommende Kämpfe zu setzen.

<http://www.netzwerk-verdi.de/>
info@netzwerk-verdi.de